Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich Grundpreis Mk. 1.—, Teuerungszahl 35 000 000, Einzelnummer Mk. 700000.—. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergesp. Millimeter-Zeile: Grundpreis 15 ₰, Teuerungszahl 35 000 000 / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdisch. Echo“, München, Herzog Maxstr. 4 Fernsprecher 53099 Postscheck-Konto: München 3987.

Mit der Beilage: Mitteilungen des Israelit. Lehrervereins für Bayern

Ausgabe A | **Nr. 39 / 28. September 1923** | **10. Jahrgang**

1923 Wochenkalender 5684

	September	Tischri	Bemerkungen
Sonntag	30	20	
	Oktober		
Montag	1	21	הושענא רבא
Dienstag	2	22	שמיני עצרת
Mittwoch	3	23	שמחת תורה
Donnerstag	4	24	
Freitag	5	25	
Samstag	6	26	בראשית מברכין החדש Sabbat-Ausg. 6[33]





Das Jüdische Echo

Nummer 39 | 28. September 1923 | 10. Jahrgang

An den Generalstaatskommissar!

In einem ungeheuer schweren Augenblick, in welchem Sie die bayerische Staatsgewalt und die Staatsverantwortung übernehmen, werden in Ihrer Kundgebung, die diese Uebernahme ankündigt, wir Juden ausserhalb der Kreise gestellt, auf welche Sie — also die Staatsgewalt — sich stützen wollen. Die jüdischen Bürger Deutschlands haben seit je am Leben des deutschen Staates und Volkes mitgewirkt und in allen Zeiten wertvolle Kräfte zur Entwicklung dieses Lebens gestellt. Eine große Zahl unserer Brüder und Söhne liegt auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges begraben (auch darauf muß, so ungern es geschieht, in diesem Augenblick hingewiesen werden). Wie wir Juden uns bewußt sind, von je zu den besten aufbauenden Elementen des Staates zu gehören, haben wir den festen Willen, in dieser schweren Zeit keinem Staatsbürger an der Mitwirkung für das Gemeinwohl nachzustehen. Wenn wir es auch unterlassen haben, auf alle antisemitischen Angriffe immer wieder zu antworten, so können wir nicht mit Schweigen ertragen, daß uns die verantwortlichste Staatsstelle ausserhalb des Staates zu stellen gedenkt. Wir hoffen, daß die Schärfe der Formulierung in ihrer negativen gegen uns gerichteten Seite nicht so beabsichtigt ist, wie sie wirkt und erwarten vom gegenwärtigen Leiter des bayerischen Staates Achtung unserer Gleichberechtigung und demgemäß gleiche Behandlung wie alle Bürger.

Recht auf Idealismus

Die physischen Wirkungen des Krieges und der Nachkriegsperiode hat man schon öfters und gründlich untersucht. Wie von vorneherein angenommen werden mußte, ergaben diese Untersuchungen, daß der Gesundheitszustand in denjenigen Ländern, die aktiv am Kriege beteiligt waren, in einem geradezu erschreckenden Maße von all dem Unangenehmen und Fürcherlichen, das der Krieg mit sich brachte, beeinflußt worden ist, daß insbesondere in vielen Ländern Europas eine junge Generation heranwächst, der der Stempel dieser Leidenszeit vielleicht unauslöschlich aufgedrückt sein wird.

Kein Wunder, daß diese Feststellungen gemacht wurden und heute noch gemacht werden! Handelt es sich doch um Dinge, die, mag man wollen oder nicht, ins Auge fallen müssen, Tatsachen, mit denen jeder Arzt, jeder Lehrer, bald wohl jeder Geschäftsmann rechnen muß. Körperliche Unterernährung, wer kennt nicht das Schreckensbild, das mit diesem Begriffe verbunden werden muß; wer möchte nicht alles daran setzen, um diese schlimmste Geißel des Krieges und seiner Folgezeit aus der Welt zu schaffen!

Und doch haben wir den Eindruck, als ob es eine Krankheit heute gäbe, die ebenfalls auf den gleichen Ursachen beruht, als die physische und in ihren endlichen Wirkungen nicht weniger furchtbar, als diese ist. Wir meinen jene entsetzliche *geistige* Blutarmut, jene enorme *psychische* Unterernährung, die der Krieg mit sich brachte, und an der wir heute mehr oder minder noch alle leiden. Es hat sogar durchaus den Anschein, als ob dieser Zustand schrankenloser Gleichgültigkeit gegen alle wahrhaft geistigen Probleme, jene

matte Skepsis, von der heute jeder einzelne von uns zum mindesten angekränkelt ist, sich in dauerndem Fortschreiten befindet. Die mit gebieterischer Notwendigkeit einer Katastrophe zudrängende deutsche Wirtschaft hat nicht mehr die Kraft, den geistigen Arbeiter mit den für ihn notwendigen Materialien zu versehen, es ist heute unmöglich geworden, grundlegende wissenschaftliche Werke zu verlegen; die bedeutendsten Fachzeitschriften sind dem Untergange anheimgefallen oder erscheinen infolge der enormen Teuerung einerseits und der geringen Kaufkraft der wissenschaftlichen Arbeiter andererseits sozusagen unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit. Dazu kommt noch, daß der internationale Gedankenaustausch, der sich vor dem Kriege so verheißungsvoll entwickelt hatte, bedenklich ins Stocken gekommen ist, in einer Zeit, in der Grenzpfähle eine nie geahnte Wichtigkeit erlangt haben.

Daß eine derartige Zeit nicht gerade begünstigend auf alle diejenigen Bewegungen einwirken mußte, die sich zum Ziel die Erreichung eines Zustandes gesetzt haben, der die Menschheit in irgend einer Weise kulturell, sozial, kurz gesagt: menschlich weiterbringen soll, versteht sich von selbst. Nie ist eine Epoche allen idealen Bewegungen feindlicher gewesen, als die, in die uns der Krieg versetzt hat, und aus der wir allem Anscheine nach so schnell nicht wieder herauskommen werden. Man hat heute nicht die Muße, sich auch nur für wenige Augenblicke von dem Springen des Dollars abzuwenden und sich in höhere Regionen zu flüchten, sich Bestrebungen zu widmen, bei denen materiell nicht nur nichts zu gewinnen, sondern vielleicht sogar vieles zu opfern ist. Gerade die sogenannten geistigen Berufe sind von der Not dieser Tage mehr als andere Schichten der Bevölkerung erfaßt. Der Akademiker muß heutzutage gleichzeitig Kaufmann sein und dies noch dazu im unangenehmsten Sinne. Ist es doch bittere Wahrheit, daß der Arzt, der Rechtsanwalt, der mehr Zeit auf der Bank zubringt, als bei seiner Klientel, viel größere Chancen hat, als wenn er umgekehrt vorgehen würde. Hat sich aber einmal eine derartige Einstellung, nach der heute geradezu alles drängt, vollzogen, dann bleibt wahrhaftig nicht mehr viel übrig für jene Aufgaben, die, vom ethischen Standpunkt betrachtet, doch immer die wichtigsten bleiben werden.

Die Zionistische Organisation leidet außerordentlich unter diesem Zustande der Geistlosigkeit, ja der Geistesfeindlichkeit, wie er nicht nur in Deutschland eingerissen hat. Auseinandersetzungen über innerjüdische Probleme interessieren nicht mehr, die freiwillige Mitarbeit, auf der früher das ganze System unserer Arbeit basieren konnte, ist heute eine Ausnahmeerscheinung geworden, Idealismus und „Einseitigkeit" sind mehr als je in den Augen der Masse zu synonymen Begriffen geworden. Wer sich auch für geistige Dinge interessiert, der gilt jetzt für beschränkt und verstiegen, wer sich dagegen tagaus, tagein der Dollarjagd widmet, wird als der Typus des vielseitigen, gewandten Zukunftsmenschen betrachtet.

Ist eine solche Einstellung richtig, ist sie überhaupt berechtigt? Diese Frage aufzuwerfen, heißt auch bereits sie beantworten. Solange in den Menschen noch das unbedingte Gefühl dafür, wenn auch vielleicht verschüttet, vorhanden ist, daß es Pflicht jedes Einzelnen ist, sein Teil dazu beizutragen, daß die Gesamtheit, in der er lebt, und durch sie wieder die Menschheit als solche irgendwie vorwärtskommt, eine höhere Stufe nicht etwa der Zivilisation — obwohl wir auch diese keineswegs verachten — sondern der Kultur erklimmt, so lange wird man zum wenigsten theoretisch zugeben müssen, daß diese rein materielle Einstellung, von der wir oben sprachen, falsch und unheilvoll ist. Und mehr als das: sie ist auch unberechtigt, wenn auch, wie wir darzulegen versucht haben, aus vielen Punkten heraus erklärlich. Wenn einmal eine Krankheit erkannt worden ist, wenn man über ihre Gefährlichkeit absolut im Klaren ist, dann handelt man an sich und — wenn es eine ansteckende Krankheit ist — auch an seiner Umgebung verbrecherisch, wenn man nicht alles tut, um sich von ihr zu befreien, um wieder einen normalen, gesunden Zustand herbeizuführen.

Die Geistlosigkeit dieser Nachkriegsepoche ist eine solche ansteckende Krankheit. Weit genug ist der Krankheitsprozeß schon vorgedrungen, aber doch nicht so weit, daß er nicht besiegt werden könnte. Die erste Bedingung zu einer erfolgreichen Gegenwirkung ist aber die Erkenntnis von unserem Rechte auf Idealismus. Wir sollen uns nicht vorrechnen, daß uns ein Abonnent einer jüdischen Zeitung so und soviel kostet, daß wir für den Mitgliedsbeitrag zur Zionistischen Ortsgruppe schon wieder zwei bis dreimal Straßenbahn fahren könnten, daß unsere Zahlung für den Keren Hajessod X Pfund Butter bedeutet. Wir müssen zu der Einsicht kommen, daß diese Dinge ebenso lebenswichtig sind, als die „Gegenstände des täglichen Bedarfs", daß sie ebenfalls täglicher Bedarf sind. Rechnet man so, dann werden, so ist unsere feste Überzeugung, sich auch die Gelder dafür aufbringen lassen, dann wird bei aller Not der Zeit neben dem körperlichen auch das geistige Existenzminimum gedeckt werden können. Bekommt unser Leben so wieder neuen Sinn, hat das Dahinvegetieren ein Ende genommen, dann wird sich das

vielleicht besser „rentieren“, als man annimmt; denn es kann auf die Dauer auch rein materiell betrachtet, nicht gut tun, zu arbeiten, ohne mit dieser Arbeit einen höheren Sinn zu verbinden, gleichsam lebenslänglich Galeerenarbeit zu leisten.

Die Zeiten sind schwer, auch der „einseitigste“ Idealist muß damit rechnen, daß heute andere Existenzbedingungen herrschen als früher; aber die Einstellung zu den Dingen muß deswegen doch die alte bleiben. Solange wir die Tragik unserer heutigen Lage nicht nur erkennen, sondern auch überwinden wollen, solange wir noch nicht hoffnungslos und ohne Willen zur Hoffnung der Dollarhypnose erliegen, vielmehr unser heiliges Anrecht auf Idealismus fühlen und vertreten, sind wir vor dem Schlimmsten sicher, können wir uns als treue Diener jüdischer Tradition, als Söhne des jüdischen Volkes fühlen.

Die Schaffung einer Heimstätte für das jüdische Volk wäre unter allen Verhältnissen eine ungeheure Aufgabe gewesen, ist es heute in ungeahntem Maße mehr als je. Mögen spätere Generationen von uns als den Menschen sprechen können, die sich trotz der Gewalt übermächtiger Verhältnisse ihr Recht auf Idealismus nicht rauben ließen. Li-r.

In Österreich gibt es keine Judenfrage . . .

sagt die österreichische Regierung

Aus Warschau wird uns geschrieben: Der „Moment“ veröffentlicht ein Interview seines Spezialberichterstatters mit Bundeskanzler Seipel, in welchem sich der Bundeskanzler über verschiedene Probleme, die mit seiner Warschauer Reise im Zusammenhang standen, äußerte. Als der Berichterstatter den Bundeskanzler über die Judenfrage in Österreich befragte, überließ er die Beantwortung dieser Frage dem Sektionschef Schüller, der sich folgendermaßen äußerte: „Juden oder Nichtjuden — dies kann bei uns in Österreich keine politische Frage sein. Wir dürfen keinen Unterschied zwischen unseren Staatsbürgern machen, wir besitzen ja eine Verfassung, wir haben Gesetze, und wir kennen den Friedensvertrag, den wir unterfertigt haben, und in dem auch über die Behandlung der Minderheiten Bestimmungen enthalten sind. Ich wundere mich, daß Sie, als jüdischer Journalist, der doch weiß, was bei uns geschieht, eine solche Frage stellen. Unsere jüdischen Staatsbürger haben gar keinen Grund, über unsere Regierung Klage zu führen. Unsere Bürger leben untereinander in der besten Freundschaft. Nur für die Ostjuden existiert noch immer die Judenfrage. Vielleicht ist dies auch ganz natürlich. Ihr habt doch schon so viel gelitten . . .“

Auf die Frage, ob die österreichischen Juden Verdienste um den österreichischen Staat hätten, lautete die Antwort: „Ja, besonders um das Zustandekommen der internationalen Anleihe. Sie wissen doch, daß die Juden in der Finanz- und Bankwelt Einfluß besitzen. Bei solchen Angelegenheiten können sie die größten Dienste leisten. Wir haben dies bereits im Parlamente hervorgehoben.“ (? Red.)

„Hat der letzte Sieg der jüdischen Sportsmannschaft in London die englisch-österreichischen politischen Beziehungen beeinflußt?“

„Sie meinen die Hakoah? Gewiß! Die höchste und schönste Belohnung ist der jüdischen Sportsmannschaft am Tage ihrer Ankunft in Wien zuteil geworden. Es ist sicherlich ein Triumph- und Siegeszug für unsere österreichische Sache.“

* * *

Es ist eigenartig, daß der Bundeskanzler die Beantwortung der auf die Juden bezüglichen Frage nicht selbst übernimmt, sondern durch einen Beamten besorgen läßt, obwohl es sich um politisch schwerwiegende Dinge handelt. Man kann sich dies auf verschiedene Art erklären, vielleicht scheut sich Herr Seipel selbst Dinge zu sagen, deren Unwahrheit so offenkundig ist, vielleicht fürchtet er seinen antisemitischen Parteifreunden, die ihre politischen Geschäfte größtenteils auf Kosten der Juden machen (ganz wie bei uns), nicht antisemitisch genug zu erscheinen. Leider müssen die Juden Wiens in Wien und im übrigen Österreich in der Regierungspraxis und im öffentlichen Leben sehr kräftig spüren, daß es in Österreich sehr wohl eine Judenfrage gibt, von der sich in Österreich wie in Deutschland große Parteien politisch nähren. Immerhin ist es bezeichnend, daß selbst die antisemitische Wiener Regierung nicht umhin kann, die großen Dienste anzuerkennen, die die Juden mit ihren sonst viel geschmähten Beziehungen dem Staate leisten. Es wäre recht interessant, einmal von den deutschen Regierungsstellen zu hören, wie sehr Deutschland diese Dienste in Anspruch nimmt.

Aus der jüdischen Welt

Palästina

Kulturelle Chronik Palästinas. Wie amtliche Nachrichten besagen, hat sich der Gesundheitszustand in Palästina in den letzten Jahren bedeutend gebessert. Die Malaria wird erfolgreich bekämpft. Vor anderen Krankheiten konnte das Land behütet werden. 1921 starben in Palästina 113 Personen an Malaria, im Jahre 1922 nur mehr 65. Ende 1922 praktizierten in Palästina 343 Ärzte, 117 Apotheker, 81 Dentisten und 70 registrierte Hebammen. Die Zahl der Apotheken beträgt 66, wovon 14 im Laufe des Jahres 1922 neu eröffnet wurden. — Was die Erziehungsanstalten anbelangt, so unterstützt die Regierung außer ihrem eigenen Schulwesen auch die Privatschulen mit 5000 Pfd., und zwar die jüdischen mit 3084, die christlichen mit 1612 und die mohammedanischen mit 304. Interessante Tabellen veranschaulichen den Besuch der einzelnen Schulen. Von mohammedanischen Kindern besuchen die Schulen: Knaben 24 und Mädchen 6 Prozent; von den christlichen Kindern: Knaben 64 und Mädchen 68 Prozent; von den jüdischen Kindern: Knaben 90 und Mädchen 96 Prozent aller schulpflichtigen Kinder. An Privatschulen gibt es 37 mohammedanische mit 67 Lehrern, 1510 Schülern und 245 Schülerinnen; 111 christliche mit 442 Lehrern, 3500 Schülern und 4797 Schülerinnen; 142 jüdische Privatschulen mit 644 Lehrern, 8253 Schülern und 7296 Schülerinnen. Mittelschulen gibt es 6 staatliche, 3 mohammedanische, 19 christliche und 3 jüdische; Collegs 2 staatliche und 4 jüdische; technische und Handelsschulen (staatliche keine) 1 mohammedanische, 4 christliche und 17 jüdische; Landwirtschaftsschulen: 1 christliche und 1 jüdische, theologische Schulen: 1 mohammedanische, 4 christliche und 3 jüdische.

Rückkehr Sir Herbert Samuels nach Palästina

Jerusalem. Wie der J.C.B.-Vertreter erfährt, wird der britische Oberkommissar von Palästina, Sir Herbert Samuel, am Mittwoch, den 12. September in Palästina eintreffen und sofort sein Amt wieder antreten.

Die Gründung einer gemäßigten Araberpartei in Palästina

Wie J.C.B. berichtet, beabsichtigt eine Gruppe arabischer Notabeln in Palästina eine neue demo-

kratische mohammedanisch-christliche Partei zu gründen, die der Politik der Anhänger Musa Kasim Paschas, des Führers des muselmanisch-christlichen Verbandes, entgegentreten soll. Es bestehe die Möglichkeit, daß die Mitglieder der kürzlich gegründeten mohammedanisch-arabischen Partei, die eine Politik der Kooperation mit der britischen Verwaltung verfolgt, sich dieser neuen Partei anschließen werden.

Die Zeitung „Saut esch Schaab" in Bethlehem veröffentlichte ein Interview mit Emir Abdullah, worin dieser erklärt, es wäre für die palästinensischen Araber besser, durch Gründung eines repräsentativen Verwaltungskörpers der eingeborenen Bevölkerung zu einer Verständigung mit der britischen Regierung zu gelangen. (Ziko.)

Die Bahn Petach-Tikwah—Jaffa

Bekanntlich wurde im vorigen Jahre von der palästinensischen Regierung die Lokalbahnstrecke Petach-Tikwah—Jaffa nur unter der Bedingung erbaut, daß Petach-Tikwah ein Baudarlehen von 20 000 Pfd. Sterling zur Verfügung stellt und auch für die eventuellen Defizite der Bahn aufkommt. Nunmehr, nachdem ein Jahr seit der Aufnahme des Verkehrs auf dieser Linie verflossen ist, hat sich ergeben, daß Petach-Tikwah nicht nur keine Defizite zu ersetzen hat, sondern daß auf seinen Teil sogar ein Reingewinn von über 2000 Pfd. Sterling entfällt. Infolgedessen konnte eine Ermäßigung der Fahrpreise vorgenommen werden.

Die Bücher von Josef Popper-Lynkeus in der Jerusalemer Nationalbibliothek

Die Jüdische Nationalbibliothek in Jerusalem erhielt dieser Tage die gesamte etwa 2500 Bände umfassende Bibliothek, welche ihr Popper-Lynkeus hinterlassen hat. Josef Popper, der 1921 gestorben und in einem Ehrengrab der Wiener Kultusgemeinde beerdigt ist, hat auf einer ganzen Reihe von Gebieten der Wissenschaft Hervorragendes geleistet: Als Physiker und Techniker, als belletristischer Schriftsteller, als Philosoph und Soziologe. Der große Interessenkreis, die Belesenheit und mannigfache Tätigkeit Poppers spiegelt sich auch in seiner Bibliothek, die eine große Zahl von technischen und mathematischen Büchern, sehr viele Schriften zur Gesellschaftslehre und zum Sozialismus, philosophische Klassiker (darunter viele in ersten Ausgaben) und eine große Anzahl von Widmungsexemplaren österreichischer und deutscher Schriftsteller enthält. Unter anderem hatte Popper auch eine zahlreiche Sammlung von Büchern über den fernen Osten, für den er sich stets sehr interessiert hat und eine Kollektion von Schriften über Rousseau und Voltaire, die aus den Vorstudien Poppers zu seinem Buche über Voltaire stammen. Sehr viele Bücher enthalten handschriftliche Bemerkungen des Verfassers. Die Bibliothek wird jetzt katalogisiert und wird in wenigen Wochen dem Publikum zugänglich sein. Die Nationalbibliothek hat in sämtliche Exemplare ein entsprechendes Ex-Libris anbringen lassen, das die kurze Biographie von Popper-Lynkeus wiedergibt.

Die Forderungen der Transjordanischen Stämme an Emir Abdullah

J e r u s a l e m. (J.C.B.) Die Häupter der arabischen Stämme Transjordaniens haben sich an den Emir Abdullah mit folgenden Forderungen gewandt: 1. Baldige Einberufung einer Volksvertretung, 2. Ausweisung aller Fremden, 3. Übergabe der wichtigsten Posten an Eingeborene, 4. Verkleinerung der Gehälter, 5. Einstellung der Zahlungen an die Scheichs, 6. Befreiung der Fellachen von der Vermögensabgabe rückwirkend bis zum Jahre 1918.

Amerika

Der Jude als Philanthrop

Von H e r b e r t H o o v e r

Der bekannte amerikanische Ernährungskommissär für die europäischen Kriegsländer und hervorragende Staatsmann Herbert Hoover erließ im Wege der „Jewish Tribune" anläßlich des jüdischen Neujahrsfestes die folgende Botschaft:

„Während der neun Jahre, in denen ich an den großen amerikanischen Hilfsmaßnahmen für Europa aktiv teilnahm, stand ich in enger Verbindung mit verschiedenen jüdischen Organisationen, die an dieser Hilfsarbeit engagiert waren. Ich hatte häufig Anlaß, die außerordentliche Generosität und Freigebigkeit der amerikanischen Juden in ihrer Beteiligung an Wohltätigkeitsakten hervorzuheben und besonders zu betonen. In der Tat haben ihre freiwilligen Beitragsleistungen jene aller anderen amerikanischen Gruppen übertroffen und wiesen Beiträge von den kärglichsten Sparpfennigen des ärmsten Arbeiters bis zu den reichlichsten Zuwendungen der in glücklichen Verhältnissen lebenden Persönlichkeiten auf.

Während der akutesten Zeit des Notstandes in Europa hatte es sich als notwendig erwiesen, behufs Sicherstellung der Höchstleistungen in der Rettung bedrohter Leben und der Vorbeugung künftigen Leides innerhalb der Leistungsfähigkeit unserer Hilfsquellen die engste Kooperation in der Verwaltung der amerikanischen Hilfsmaßnahmen herzustellen. Diese Zusammenarbeit wurde vom Joint Distribution Committee (Vereinigtes jüdisches Hilfskomitee) mit beispiellosem Weitblick und unerreichter Zweckdienlichkeit geleistet.

Während die größeren freiwilligen jüdischen Fonds in der Hauptsache für die eigenen Religionsgenossen bedacht waren, haben die amerikanischen Juden in königlicher Weise zu den allgemeinen Hilfsfonds beigetragen, und selbst in der Verwaltung ihrer eigenen Spezialfonds die weitherzige Politik der Kooperation in der Hilfeleistung an alle Leidenden überhaupt befolgt. Und tatsächlich wurden

H u n d e r t t a u s e n d e v o n N i c h t j u d e n

von ihrer Fürsorge in gleicher Weise mit den Juden bedacht. Diese weitherzige Philanthropie hat in vielen Ländern Osteuropas einen so tiefen Eindruck gemacht, daß man sich dort der Judenverfolgungen schämte, die in der Zeit des größten Chaos in vielen Städten zum Ausdruck kamen.

Aber nicht nur im Ausschütten von Geldmitteln haben sich die Juden so außerordentlich generös gezeigt, sondern auch in dem Ausmaße der persönlichen Hilfsdienste. Ich diente zusammen mit den Vertretern der jüdischen Gruppen in gemeinsamer Kraftanstrengung. In meinem eigenen Stab für dieses Werk hatte ich viele jüdische Männer und Frauen, denn wir linderten auch viel jüdisches Leid mit den Mitteln anderer allgemeiner Fonds. Die Dienste, die diese Männer und Frauen aus so vollem Herzen, so werktätig und mit solcher persönlicher Selbstaufopferung geleistet haben, können

m i t W o r t e n n i c h t g e w ü r d i g t

werden. Die wahre Würdigung und Dankbarkeit für alle jene, die ihre Mittel und ihre Dienstleistun-

gen hergaben, kommen aus den Herzen der Millionen, denen sie dienten und nützten.

In der gesamten Geschichte der Philanthropie gibt es kein glanzvolleres Kapitel als dasjenige, welches von dem Werk der amerikanischen Juden während der letzten neun Jahre geschrieben werden könnte.

Deutschland

Die antisemitische Hetze in Oberschlesien

Aus Berlin meldet J.C.B.: Nach Telegrammen aus Breslau wird die Lage der Juden in Oberschlesien infolge der antisemitischen Hetzpropaganda der Deutschvölkischen immer schwerer. Auch bayerische Einflüsse sind am Werke, denen besonders der Selbstschutz gehorcht. Diese vielfache antisemitische Propaganda wirkt sich bei jeder Gelegenheit, besonders bei Ruhestörungen, aus. Während der letzten Teuerungskrawalle in Beuthen waren zahlreiche Agitatoren am Werke, die erregte Bevölkerung auf die Juden zu hetzen. In anderen Orten Oberschlesiens ist die Lage nicht besser. In der letzten Zeit kamen wiederum Anschläge auf öffentliche jüdische Stätten vor. Auf dem jüdischen Friedhof in Langendorf bei Gleiwitz wurden die Grabsteine demoliert. Auf den Straßen der Städte häufen sich die Belästigungen jüdischer Passanten.

Deutschösterreich

Aufsehenerregendes Heraustreten Professor Chajes' gegen Aguda

Wien. (J.C.B.) In seiner Rosch Haschanah-Predigt im Wiener Haupttempel richtete Oberrabbiner Dr. Chajes auffallend scharfe Angriffe gegen einige Resolutionen der Kenessio Gedaulo. Die Rede hat sehr viel Aufsehen erregt und auch in den Kreisen der Bnei Brith, die mit manchen Resolutionen, sowie der Exklusivität der Kenessio Gedaulo unzufrieden sind, Anklang gefunden. In den Kreisen der Agudas Jisroel herrscht große Aufregung über die Predigt. Es verlautet, daß die Aguda deswegen ihre Zustimmung zum Wahlbündnis zugunsten der jüdischen Einheitsliste bei den kommenden Parlaments- und Gemeindewahlen zurückzuziehen entschlossen ist. Wie der J.C.B.-Vertreter erfährt, ist die Lage in der Tat sehr kritisch. Hingegen ist es zu einer formellen Kündigung des Wahlbündnisses seitens der Agudas Jisroel bisher nicht gekommen. Es wurden neue Verhandlungen aufgenommen, die darauf hinausgehen, die Aguda-Kreise zu beruhigen, damit der jüdische Wahlaufruf die Unterschrift aller jüdischen Parteien in Österreich tragen soll.

Die Wahleinigung der österreichischen Judenheit vollzogen

Wien. (J.C.B.) Das in den letzten Tagen gefährdet gewesene Wahlbündnis der österreichischen Judenschaft ist nunmehr vollzogen worden. Es steht nun fest, daß zu den künftigen Parlaments- und Gemeinderatswahlen in Wien und Österreich eine jüdische Einheitsliste erscheinen wird. Das Wahlbündnis umfaßt die folgenden Parteien und Gruppen: Zionistische Landespartei, Israelitische Kultusgemeinde, Orden Bnei Brith, Israelitische Union, Agudas Jisroel und die von Dr. Schwarz-Hiller geführte Demokratenpartei. Das Bündnis gilt vorläufig bloß als ein Pakt zu kommenden Wahlen. Listenführer sind überall Jüdischnationale.

Frankreich

Gegen die polnische Numerus clausus-Politik

Das Pariser Zentralkomitee der französischen Liga für Menschenrechte hat die folgende Protestresolution gegen den Numerus clausus beschlossen: „Die französische Liga für Menschenrechte ist der Ansicht, daß der Numerus clausus, dessen Einführung die Studenten nichtpolnischer Rasse und jüdischer Relgion bedroht, einen Angriff auf das natürliche Recht auf Unterricht bedeutet, ohne das man sich eine Republik nicht vorstellen kann. Sie ist ferner der Ansicht, daß dieses Projekt doppelt ungesetzlich sei, da es sowohl den in der Verfassung Polens festgelegten Prinzipien als auch den im Vertrage vom 28. Juni 1919 enthaltenen Bestimmungen widerspricht. Da nach dem Wortlaut dieses Vertrages der Völkerbund berufen sei, jeden Angriff auf die Gleichheit der polnischen Staatsbürger ohne Rücksicht auf Rasse, Sprache oder Religion zu unterdrücken, wendet sich die französische Liga für Menschenrechte darum an die Regierung mit dem Ersuchen, die Frage des Numerus clausus vor den Völkerbund zu bringen und diesen zu veranlassen, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, damit eine derartig offenkundige Verletzung der Minderheitsrechte vermieden werde.

Polen

Anleihe oder Antisemitismus

Aus Warschau wird berichtet, die jetzt zur Führung der Verhandlungen über die Begebung der polnischen Anleihe in Amerika dort weilenden Mitglieder der Morgangruppe hätten als eine der politischen Bedingungen der Anleihe die Forderung aufgestellt, daß die Regierung sich von der antisemitischen Politik abwende. Wie „Dnjer Poranny“ erfährt, soll die Regierung bereits dieser Bedingung zugestimmt haben. Wie stimmt es damit überein, daß Unterrichtsminister Glombinski, wie wir in der letzten Nummer meldeten, den Universitäten soeben die Einführung der Prozentnorm auch ohne Gesetz gestatten will?

Tschecho-Slovakei

Prag. Minister Bechyne hat während seiner Anwesenheit in Uzhorod (Karpathorußland) gegenüber den dortigen Journalisten sein Schulprogramm entwickelt und mit Bezug auf die jüdischen Schulen folgendes gesagt: „Die Bestrebungen der Zionisten, die aus Privatmitteln hebräische Schulen errichten, die ihre Grundlage in der hebräischen Kultur suchen, unterstützt der Staat wohlwollend und gewährt ihnen Subventionen in angemessener Höhe.“ — Unterrichtsminister Bechyne hat gelegentlich seiner Anwesenheit in Karpothorußland 50 000 Kr. für das dortige hebräische Schulwesen zur Verfügung gestellt.

Weißrußland

Eine jüdische Republik in Weißrußland?

Aus Kowno wird gemeldet, der Zentralausschuß der Kommunistischen Partei in Moskau sei im Begriffe, einen Entwurf betreffend die Errichtung einer jüdischen Republik in Weißrußland zu erörtern. Diese Republik soll die Kreise von Witesbk, Minsk und Homel umfassen, in denen die Juden mehr als die Hälfte der Einwohnerzahl ausmachen.

Feuilleton

Kolnidre bei den Karaiten

In Wilna wohnen bekanntlich einige Dutzend karaitischer Familien (die größte Karaitensiedlung im litauischen Gebiet befindet sich in Trock). In Wilna haben die Karaiten auch eine „Kenessa", wie sie ihre Synagoge nennen. P. Kahn gibt in einem Wilnaer Blatt eine Schilderung des Kolnidre-Gottesdienstes in der karaitischen Kenessa, die beachtenswerte Streiflichter auf die religiösen Bräuche dieser von den „Rabbanim" so scharf geschiedenen jüdischen Gruppe wirft, welche heute eigentlich bereits dem Aussterben nahe ist. Er erzählt: Die Karaiten feiern den Jomkipur auch am 10. Tischri; dieser Tag fällt aber gewöhnlich nicht mit dem des übrigen jüdischen Kalenders zusammen. Dies hat seinen Grund darin, daß im Karaiten-Kalender nicht das Prinzip des Talmuds angenommen ist, nach welchem der erste Tag des Rosch-Haschana nie auf einen Mittwoch, Freitag oder Sonntag fallen darf. Infolgedessen fallen dann auch die anderen Festtage nicht mit den rabbanitischen zusammen. In diesem Jahre feierten die Karaiten den Jomkipur am Freitag, also einen Tag nach dem Jomkipur der übrigen Juden. Ich folgte der Einladung eines mir bekannten jungen Karaiten, eines Studenten, am Erew-Jomkipur die Kenessa zu besuchen. Sie liegt in einer Vorstadt von Wilna, wo es viele Sommervillen gibt, die aber jetzt im Herbst verlassen dastehen und die öde, unbeleuchtete Vorstadt noch öder machen. Es war bereits stockdunkel, als ich zur Kenessa kam, die ich in der Finsternis nur mit Mühe fand. Die neue Kenessa, welche die Wilnaer Karaitengemeinde jetzt erbaut, ist noch nicht fertiggestellt, und es wird noch in der alten gebetet, einem kleinen Häuschen, das geradezu einer Dorfhütte ähnlich sieht. Als ich hinkam, waren die Fensterladen geschlossen und nur da und dort schimmerte schwaches Licht durch einen Spalt, und aus dem Innern des Häuschens tönte leise wohlbekannter Singsang.

In einem kleinen Vorraum waren alle Wände mit Männer- und Frauenüberkleidern behangen, die von einem polnischen Diener behütet wurden. Der Betraum selbst ist ein mittelgroßes, sehr niedriges Zimmer mit drei Fenstern in der Länge und zweien in der Breite; der Frauenraum befindet sich ebenfalls in diesem Zimmer. Die Frauen verrichteten ihre Andacht in einem etwa ein Drittel des Zimmers umfassenden Teil hinter dem Männerraum. Die Kenessa war mit Hängeleuchtern und Kerzen hell beleuchtet. Alle Bänke waren besetzt; unter den Betern — etwa 50 an der Zahl in verschiedenen Lebensaltern — gab es sehr wenig Kinder. Mein Eintritt erweckte allgemeine Aufmerksamkeit. Das Gebet hatte bereits begonnen. Mein karaitischer Freund reichte mir ein großes, dickes Gebetbuch und schlug die Stelle auf, welche gerade gebetet wurde. Auf dem Vorsatzblatt des Buches las ich, daß es in den Vierzigerjahren des vorigen Jahrhunderts in Guslowa, Gouvernement Eupatoria (Krim) gedruckt worden war. Ich hatte mich nicht sehr verspätet, der Gottesdienst hatte erst begonnen. Das Kolnidregebet wird bei den Karaiten nicht gesagt. Überhaupt sind die Gebete in dem Machsor, den ich bekommen habe, ganz andere als die der Rabbaniten. Ihr Stil ist ein schwerer Pijutstil; nur einige Gebete, wie die dreizehn Glaubensartikeln, waren mir bekannt.

Der Chasan, ein alter Karäer, stand hart am Oron Hakodesch und sprach die Gebete laut. Er war schwarz gekleidet, ohne Tallis, auf dem Kopf einen rundlichen, steifen schwarzen Hut mit einem weißen, flachen Deckel. Er dehnte die Worte der Gebete mit melancholischer Melodie. Die hebräischen Gebete werden in sephardischer Aussprache gesagt. Manche Pijutim wurden von einzelnen Betern aus der Gemeinde gesungen, denen diese Aufgabe als besondere Auszeichnung zugewiesen wird. Überdies wurden einige der wichtigeren Gebetstellen von der Gemeinde in den tatarischen Dialekt übersetzt, welchen die Karaiten als ihre Muttersprache ansehen. Diese Übersetzung, die beim Gottesdienst gesungen wurde, fand ich im Gebetbuch in einer Beilage mit hebräischen Lettern gedruckt.

In der Kenessa war es sehr heiß; bei den Betern war eine gewisse festlich gehobene Stimmung zu bemerken, die jedoch weitaus nicht die Inbrunst und Wärme des jüdischen Gebetes an den Festtagen erreichte. Etwas Blasses, Eindruckloses lag in diesem Beten. Einige Male wurden die Knie zur Erde gebeugt, die Mädchen knieten in christlicher Art. Der Gottesdienst dauerte sehr lange. Er endete mit dem Ausruf „Chasak", dann wandte sich der Chasan in tatarischer Sprache an die Gemeinde und teilte ihr mit, daß der Gottesdienst am nächsten Tag um 7 Uhr morgens beginnen werde. Mein karaitischer Freund erzählte mir auch, daß die Karaiten den ganzen Jomkipurtag fastend in der Kenessa verbringen; früher sei es auch Sitte gewesen, am Ausgang des Jomkipur nach der Mahlzeit einen Gesellschaftsabend zu veranstalten, bei welchem gewöhnlich Verlobungen geschlossen wurden. Dieser Brauch hat jetzt aufgehört, da Heiraten bei den Karaiten sehr selten geworden sind. Nach der Beendigung des Gottesdienstes küßten die Männer den Frauen die Hände und begrüßten sie mit „Moed Schalom!"

(Wr. Mgztg.)

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Jung-jüdischer Wanderbund. Sonntag, den 30., große Mädels 8 Uhr Starnberger Bahnhof.

Zion. Ortsgruppe München. Es besteht die Möglichkeit, daß eine palästinensische Lehrkraft hebräischen Sprachunterricht erteilen wird. Interessenten wollen ihre Adresse beim Büro der Z. O.-Gr., Herzog Maxstr. 4, hinterlegen. (2—6 Uhr.)

Jüd. Arbeitsgemeinschaft. Wegen der Generalversammlung im Gesamtausschuß fällt unser Abend aus. Nächster Abend, Samstag, den 6. Oktober abends 8 Uhr im Bibliotheksaal der Gemeinde.

Fußball. Letzten Sonntag spielte die 1. Mannschaft der F.-A. des Bar Kochba gegen Darmstädter Bank 3:5, Halbzeit 1:2. Durch die einheitlichen und mit starkem Druck erfolgten Angriffe konnte Darmstädter B. das Spiel gegen die technisch besseren Barkochbanern zu ihren Gunsten entscheiden, da diese es noch immer nicht verstehen, das Ganze aus sich herauszugeben und noch viel zu energielos spielen.

Die 1. Jugendmannschaft der F.-A. des B. K. gewann gegen die Jugend des Jüdischen Sportvereins 2:0 nach verständigerem und technisch gutem Spiel.

// MITTEILUNGEN
des Israelitischen Lehrervereins für Bayern
Schriftleitung: M. Rosenfeld, München

Nr. 5 — München, 28. September — 1923

Gesetz zur Änderung von Vorschriften über das Volksschulwesen

Die unter diesem Titel vom Landtag kurz vor Schluß seiner Sitzung angenommene Novelle zum Volksschullehrergesetz enthält eine Reihe von Bestimmungen, die auch für die jüdischen Volksschulen und für unser Religionsschulwesen hochbedeutsam sind.

Für die Volksschulen kommt vor allem der abgeänderte Artikel 33 in Betracht, der folgende Fassung erhielt: Zur Aufbringung des Diensteinkommens der Volksschullehrer in Schulen, die von Angehörigen eines christlichen Bekenntnisses aus eigenen Mitteln freiwillig unterhalten werden und die öffentliche Volksschule ersetzen (christliche Bekenntnissonderschulen), leisten die Unternehmer der Schule jährlich einen festen Beitrag für jede Lehrstelle in Höhe von 20 v. H. des jeweiligen Diensteinkommens des Stelleninhabers und des Teuerungszuschlages hieraus. Die beteiligten Staatsministerien können in einzelnen Fällen aus besonderen Gründen Ausnahmen zulassen. Wie sich aus der Begründung des Gesetzes ergibt, gilt die gleiche Regelung gemäß Art. 35 für die Schulen von Stiftungen und gemeinnützigen Unternehmungen (z. B. Schulen in Erziehungsanstalten, Rettungshäusern u. dgl.), sowie gemäß Art. 37 für die israelitischen Volksschulen, so daß also die treffenden Kultusgemeinden als Unternehmer der Schulen an Stelle des bisherigen Jahresbeitrages von 2000 Mk. für jede Lehrstelle ein Fünftel der Personallasten aufzubringen haben.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Forderung für die weitaus meisten unserer jüdischen Volksschulen den Todesstoß bedeuten würde, wenn sie in ihrer ganzen Strenge zur Anwendung käme. Von der Staatsregierung wird es selbst allgemein hinsichtlich aller Bekenntnissonderschulen hervorgehoben, „daß in manchen Fällen die Unternehmer der bezeichenten Schulen diesen Betrag nicht aufbringen könnten. Es soll darum den beteiligten Staatsministerien die Möglichkeit gegeben werden, in solchen Fällen den Jahresbeitrag in geringerer Höhe festzusetzen oder ihn gegebenenfalls überhaupt zu erlassen.“

So darf wohl nach den auch anderweitig abgegebenen Erklärungen der Regierung die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die vorgesehenen Erleichterungen auch den jüdischen Schulen gewährt werden und deren Bestand durch das neue Gesetz nicht gefährdet wird.

Wie es bei Errichtung neuer Schulen gehalten wird, konnte vorerst nicht erörtert werden.

Den Kultusgemeinden mit Volksschulen ist durch den Verband bereits Mitteilung über die neuen Anordnungen zugegangen. So kann hier von weiteren Ausführungen abgesehen werden.

Nun zu den Bestimmungen über den Religionsunterricht! Hierüber besagt der Artikel 29 in der jetzigen Fassung: Die von den Religionsgesellschaften besonders aufgestellten, zur Erteilung des lehrplanmäßigen Religionsunterrichtes an den öffentlichen Volksschulen erforderlichen Lehrkräfte erhalten Bezüge aus Staatsmitteln nach Maßgabe des Abs. II. Dieser Absatz bestimmt: Die Bezüge der dem geistlichen Stande angehörigen, mit der Erteilung des Religionsunterrichtes an der Volksschule vollbeschäftigten Lehrkräfte werden nach den für die Ergänzung des Einkommens der Seelsorgegeistlichen geltenden Bestimmungen und zwar nach den Sätzen für die Hilfsgeistlichen bemessen, der Ortszuschlag kann nach den für die Staatsbeamten geltenden Sätzen in vollem Betrage gewährt werden. Die Bezüge für andere Religionslehrer werden von den beteiligten Staatsministerien festgesetzt. Der Vollständigkeit halber sei auch noch Abs. III angeführt: Diese Vorschriften gelten für die von einer Vereinigung im Sinne des Art. 137 Abs. VII der Verfassung des Deutschen Reiches aufgestellten Lehrkräfte entsprechend, wenn der Vereinigung die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes zukommen.

Schon nach dem bisherigen Artikel 29 war die Staatsregierung „verpflichtet, jeweils im Staatshaushalte die Mittel vorzusehen und an die Religionsgesellschaften zu überweisen, die von ihnen als erforderlich wurden zur Erteilung des Religionsunterrichtes an öffentlichen Volksschulen durch die von ihnen bestellten Lehrkräfte.“ Die staatlichen Leistungen erschienen aber lediglich als Vorschüsse an die Religionsgesellschaften, die von deren Angehörigen wieder an die Staatskasse zurückzuerstatten gewesen wären. Es ergaben sich aber Bedenken, ob diese Regelung mit den Grundsätzen des Reichsverfassungsrechtes im Einklang stehe. Denn nach der Reichsverfassung ist der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach der Volksschulen und daraus ergebe sich, daß der Staat für die Erteilung dieses Unterrichtes aufkommen müsse. Dieser Auffassung hatte der Kultusminister grundsätzlich beigestimmt und so wurde bereits im Vorjahre die Staatsregierung vom Landtag zu einer Änderung des fraglichen Artikels beauftragt.

Hinsichtlich der Rechtslage gilt der Grundsatz, daß die Bereitstellung von Lehrkräften für den Religionsunterricht an den öffentlichen Volksschulen in erster Linie Sache der Religionsgesellschaften *) ist. Demnach obliegt die Erteilung dieses Unterrichtes im allgemeinen den Seelsorgegeistlichen. Ferner sind die Volksschullehrer zur Mitwirkung hieran im Rahmen der geltenden Schul- und Lehrordnungen verpflichtet unbeschadet des verfassungsmäßigen Rechtes jedes einzelnen Volksschullehrers, die Erteilung des Religionsunterrichtes abzulehnen. Für die Volksschullehrer wie für die Geistlichen kann nur in Ausnahmefällen eine Vergütung für die Erteilung des Religionsunterrichtes gewährt werden.

Soweit die Geistlichen — die Rabbiner sind wohl nicht „Geistliche“ im Sinne dieses Gesetzes — unter Mitwirkung der Volksschullehrer den Religionsunterricht nicht in vollem Umfange erteilen können, werden von den Religionsgesellschaften besondere Religionslehrkräfte aufgestellt, und zwar je nach den Verhältnissen in haupt- oder nebenamtlicher

*) Für die Israeliten tritt an Stelle der „Religionsgesellschaft“ die örtliche israelitische Kultusgemeinde.

Eigenschaft. Ihre Besoldung soll vor allem durch den Art. 29 sichergestellt werden.

Für den Vollzug des Gesetzes gilt wie bisher als Grundsatz, daß staatliche Leistungen nur gewährt werden, soweit es sich um besonders aufgestellte Religionslehrer handelt. Dabei begründet es an sich keinen Unterschied, ob hauptamtliche oder nebenamtliche, dann ob geistliche oder weltliche Lehrkräfte in Frage stehen. Weitere Voraussetzung für die Anweisung staatlicher Bezüge nach Art. 29 ist, daß es sich um die Erteilung des lehrplanmäßigen Religionsunterrichtes in der Volksschule handelt. Eine Unterrichtstätigkeit, die über den Rahmen des lehrplanmäßig Vorgeschriebenen hinausgeht, ist nicht vergütungsfähig. Endlich ist die Gewährung solcher Bezüge davon abhängig, daß die Aufstellung besonderer Religionslehrkräfte nach Lage der Verhältnisse erforderlich ist, also für ihre Verwendung tatsächlich ein Bedürfnis besteht.

In Anwendung dieser Grundsätze sind für den israelitischen Religionsunterricht bis jetzt zwei hauptamtliche Lehrer, und zwar in München, aufgestellt worden. Die Bestellung eines solchen Lehrers in Nürnberg ist noch nicht erfolgt. Anträge auf Anstellung solcher Lehrkräfte in weiteren Orten wäre wohl Sache der Kultusgemeinden. Ob nicht auch Lehrer für mehrere Gemeinden zusammen als Bezirkslehrer, ähnlich wie in Hessen, aufgestellt werden könnten, dürfte noch eigens erörtert werden.

Soweit dies nicht der Fall ist, müssen die israelitischen Religionslehrer jedenfalls als nebenamtliche Lehrkräfte angesprochen werden, die Stundenvergütungen nach Maßgabe der für den Fachunterricht an staatlichen Unterrichtsanstalten festgesetzten Vergütungssätze erhalten.

Die Vergütungen fließen auf Grund der neuen Bestimmung nicht mehr wie bisher den Religionsgesellschaften — Kultusgemeinden — als solchen zu, sondern werden den Religionslehrern unmittelbar ausbezahlt. Es wird Sache jedes einzelnen Lehrers sein, durch Antragstellung dafür Sorge zu tragen, daß die festgesetzten Vergütungen regelmäßig und rechtzeitig zur Auszahlung kommen.

Bemerkt sei schließlich noch, daß die neue Fassung des Art. 29, soweit es sich um die Aufbringung der Vergütungen für die Religionslehrer handelt, mit Rückwirkung vom 1. Januar 1920 in Kraft tritt, so daß ein Rückersatz der seit diesem Zeitpunkt an die Religionsgesellschaften überwiesenen staatlichen Vergütungen für Religionslehrer unterbleibt.

Auf einige sonstige Bestimmungen des neuen Gesetzes wird in der nächsten Nummer zurückzukommen sein.

Neujahrswunsch-Enthebung

II. Liste:

Wolf, Lendershausen; Gundersheimer, Brückenau; Schwarzenberger, Bödigheim; Uhlfelder, Wilhermsdorf; Strauß, Uffenheim; Gottlieb, Mellrichstadt; Hammelburger, Würzburg; Rosenbaum, Sulzbürg; Lion, Landstuhl; Edelstein, Sugenheim; Heß, Nürnberg; Anfänger, Würzburg; Berlinger, Poppenlauer; Dr. Bamberger, Nürnberg; Gutmann, Heidingsfeld; Blumenthal, Neustadt a. Aisch; Gutmann, Oettingen; Kirschner, München; Eisfeld, München. Würzburg, 16. IX. 1923.

Einzahlungen bis 23. VIII. 1923

Von: Gutmann, Öttingen, 50 000.—; Rosenblatt, Memmingen, 100 000.—; E. u. L. Bloch, Tirschenreuth, 20 000.—; Morgenroth, Offenbach, 5 000.—; Blatt, Obbach, 62 000.—; Adler, Leipzig, 15 000.—; Stern, Halberstadt, 100 000.—; Nußbaum, Dahn, 50 000.—; Sommer, Wittelshofen, 20 000.—; Goldstein, Würzburg, 5 000.—; Blumenthal, Rimpar, 5 000.—; Hellmann, Würzburg, 70 000.—; N. N. Würzburg, 20 330.—.

Durch: M. Bamberger, Würzburg, 114 000.—; Dr. Stein, Schweinfurt, 1 000 000.—; Rosenfeld, München, 325 000.—; Rosenberger, Hammelburg, 20 000.—; Schottland, Frankenthal, 1 000 000.—; Massenbacher, Niederwerrn, 201 100.—; Nußbaum, Dahn, 300 000.—; Kissinger, Ermershausen, 30 000.—; Sommer, Wittelshofen, 25 000.—; Strauß, Uffenheim, 750 000.—; Gutmann, Heidingsfeld, 400 000.—; Frl. S. Hellmann, Bad Tölz, 7 400 000.—.

M. Hellmann.

Einzahlungen bis 16. IX. 1923

Von: Senger, Würzburg 500; Blumenthal, Unsleben 10 000; Stern, Frankfurt 12 000; Gundersheimer, Brückenau, 50 000; Fr. L. Gutmann, Würzburg 500 000; Sonn, Großlangheim 6850; Kissinger, Urspringen 5000; Schwarzenberger, Bödigheim 50 000; Rosenfeld, München 160 000; Müller, München 100 000; Fränkel, Hofheim, 250 000; Fr. Fulder, Hildesheim 100 000; Uhlfelder, Wilhermsdorf 100 000; Goldstein, Würzburg 50 000; Gottlieb, Mellrichstadt 100 000; Hammelburger, Würzburg 700 000; Frank, Würzburg 50 000; N. N., Würzburg 12 000; Hellmann, Würzburg 500 000; Mandelbaum, Würzburg 500 000; Stoll, Würzburg, 1 000 000; Fr. D. Neumann, Würzburg 500 000; Rosenberger, Hammelburg 50 000; Frank, Straubing 100 000; Fulder, Treuchtlingen 510 000; Freudenstein, Frankfurt 20 000 000; Freudenberger, Thüngen 1 000 000.

Durch: Frl. Hellmann, Bad Tölz 125 000; Grünfeld, Heidingsfeld 5000; Schottland, Frankenthal 500 000; Samuel, Homburg 1 000 000; Hofmann, Rothenburg 120 000; Neustädter, Maßbach 140 000; Heymann, Rodalben 40 000; Gundersheimer, Brükkenau 301 000; Rosenblatt, Memmingen 100 000; Wolf, Lendershausen 1000; Mannheimer, Dettelbach 855 000; Weichselbaum, Adelsberg 200 000; Strauß, Eichstätt 500 000; Rosenberger Hammelburg 250 000; Goldstein, Würzburg 500 000; Gutmann, Oettingen 500 000; Leopold, Ingolstadt 300 000; Lautmann, Nürnberg 1 000 000; Ochsenmann, Frankfurt 2 200 000; Ottensoser, Würzburg 3 000 000; Mandelbaum, Würzburg 5 000 000; Sonn, Buttenwiesen 6 000 000; B. Stern, Frankfurt 1 000 000; Frl. Edelstein, Ellingen 1 500 000; Kirschner, München 4 750 000; Hellmann, Würzburg 19 000 000; Rosenfeld, München 166 020 000.

Würzburg, 16. IX. 1923. M. Hellmann.

Mitteilung des Vorstandes

1. Die Verwaltung hat eine weitere Nacherhebung von Mitgliederbeiträgen beschlossen und zwar haben aktive Mitglieder 50 000 M., Pensionisten 20 000 M. und Gewerkschaftsmitglieder 40 000 M. zu zahlen. Die Beträge wurden mit Rücksicht auf die gering besoldeten Kollegen in dieser geringen Höhe festgesetzt, doch darf erwartet werden, daß alle besser gestellten Vereinsangehörigen freiwillig höhere, der Geldentwertung entsprechende Beiträge einsenden. Alle Mitglieder aber werden ersucht, die Beträge sofort auf unser Postschekkonto (Anschrift: Israel. Lehrerverein für Bayern [Sitz Würzburg] in Würzburg, Konto Nr. 6479, Postscheckamt Nürnberg) einzuzahlen.

2. Laut Mitteilung des Kassiers sind eine Anzahl von Mitgliedern noch mit den im Januar bezw. Mai beschlossenen Beiträgen im Rückstande. Die Säumigen werden hiermit zur sofortigen Zahlung aufgefordert, widrigenfalls die in den Satzungen vorgesehenen Maßnahmen zur Anwendung kommen.

Berichtigung. Die in voriger Nummer erschienene Notiz, wonach Lehrer Reinhold aus dem Berufe ausgetreten sei, ist unzutreffend; der Kollege ist noch Lehrer in Demmelsdorf.

Verband jüd. Jugendorganisationen Münchens. Samstag, den 6. Oktober, 7.30 Uhr im Bibliotheksaal. Sprechabend: Jüdische Jugend und Sozialismus. Referenten aller Richtungen haben das Wort. Diskussion. Die Jugend aller jüd. Gruppen ist eingeladen.

Fußballabteilung des Bar Kochba. Montag, den 8. Oktober 1923 findet die ordentliche Monats-Mitgliederversammlung im Fraunhofer Restaurant, Fraunhoferstraße, statt, zu der sämtliche aktiven wie passiven Mitglieder zu erscheinen haben.

Sonntag, den 30. September 1923 spielt die 1. Mannschaft des B. K. gegen die Münchner Stadtratsmannschaft auf dem Sportplatz an der Säbenerstraße.

Spendenausweis

Glückwunsch-Ablösung 5684

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten sagen herzlich

כתיבה וחתימה טובה

4. Liste:

Leo Satanower, Nathan Nußbaum, S. Orljansky, Bamberger, Würzburger, J. Schachno, I. Lesser, Fritz Feuchtwanger, Johanna Feuchtwanger, Louis Feuchtwanger, Jonas Heß, Dr. Ambrunn, Dr. Ludwig Feuchtwanger, Dr. Leo Feuchtwanger, Fa. i. L. Feuchtwanger, Epstein.

Allgemeine Spenden: Sufrin M. Königsberg grat. z. Verm. Wilczinsky-Rapaport, Schindler-Hojda, Sturm-Blasbalg, S. Wilczinsky grat. Herrn Goldberg z. Dipl.-Ing. und grat. z. Verm. Schorr-Bruck, Mirjam Philippsohn dankt H. Vogelsinger (unl. verspätet) b. R., Thoraspenden: A. Hecht, M. Diamand, David Horn, Königsberg.

Hannah Debora Feuer-Garten: David Horn dankt Herrn Willi Feuer 5 B.

Büchsen: S. Orljansky, unter Mk. 1 000 000.

Spenden aus Nürnberg

J. Luwisch, Dr. K. Weiner, Dr. A. Veith; durch A. Luwisch: J. Katz, M. Neumark, Serebriany, J. Luwisch, Dr. K. Weiner, Dr. A. Veith; durch Pinkus Blum: J. Rapaport; durch Max Kandel: Lehmann, Weinreb; durch W. Friedländer und Zapun: Dr. Geßner, Klein; durch S. Bein: Martin Ullmann, Dr. Seidenberger, Familie Gittler; durch Else Stein: N. N.; durch Karl Rawicz: Hilda Kronacher, H. Lypstadt.

Spendenbuch: Anläßlich der Britmiloh bei Dr. A. Singer 12 B., Dr. Liebstädter, Ernst Strauß.

Baumspenden. Alfred Weiß je 1 B. a. d. Namen J. Blum-Bamberg und Blauweiß-Graz; Max Jakoby u. Fr. begr. Fr. Sieradsky sen. i. Nbg. 1 B.

Lizzie Ellern s. A.-Garten: N. N. zum And. 1 B.; Dr. St. Wortsmann s. A.-Garten: Benno Harburger 1 B.; der Blauweiß-Nürnberg wünscht Rudi Liebstädter viel Glück f. s. neue Tätigkeit 1 Baum.

Allgemeine Spenden. Dr. H. Liebstätter aus dem Verkauf einer Silbermünze 6 000 000.

Spenden aus Fürth.

Es gratulieren ihren Verwandten, Freunden und Gesinnungsgenossen zu Rosch Haschanah: Fam. S. Löwengart, Schweizer, Dinkelspühler, Birnbaum, Steinbach, Holzmann, Weißenberg, Großberg, Goldmann, Starkhaus, Dir. Hutzler, G. Löwensohn, S. Starkhaus, D. Schönberg.

ELISABETH RÖSCH
MAX GRÖGER
Verlobte
München September 1923 Theresienstraße 64

Neu-Eröffnung

WEILER

ehemals I. Zuschneider bei Lotz & Leusmann

Anfertigung feinster Herrengarderobe

Vorläufig Herzogstraße 76/IV (Schwabing) / Fernsprecher 31585

METZ & Co. G. m. b. H. **MÜNCHEN** Rindermarkt 16 Telephon 28574

An- und Verkauf von Immobilien

Unverbindlicher Besuch durch erfahrene Fachleute

MAX HERRMANN

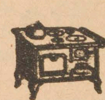
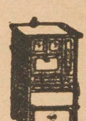
Senefelderstraße 10 (Hof)

Anfertigung von Maß-Schuhen in einfacher wie feinster Ausf.

Tourenstiefel / Haferlschuhe

Reparaturen bestens und rasch

Imperial

Gas- Kohlen- Grude-Herde

Ständig praktische Vorführung bei:

Bohner & Pfaffmann, München

Sonnenstraße 6

Möbel- u. Raumkunst Rosipalhaus

Münchner Ausstattungshaus für Wohnbedarf Rosenstr. 3

Frei zugängliche Ausstellung „Das behagliche Heim"

Für Zeitungen, Bücher und Zeitschriften, Altpapier, Metalle, Lumpen, Knochen, Weiss- und Rotweinflaschen

zahlt bei freier Abholung

die höchsten Tagespreise

Händler Extrapreise

Rohprodukt.-Haus München-Ost

Inh. Anna Friedrich

Sedanstr. 24 im Hof / Telephon 40242

Hemden-Karl

München, Lindwurmstr. 101/II R.

Eigenes Schnitt-System D. R. G. M. für allerfeinste Herrenwäsche jeder Art

---

J. Eibl's

Private Kraftfahrkurse

München, Lindwurmstr. 84

Telephon 73572

*

Einstellhalle

Ausbildung auf all. Klassen

Erstklassiges Lehrmaterial

Eigene Lehrwerkstätte mit neu modernsten Maschinen

WO?

ist

JOSEPH DUSCHL

der die allerhöchsten Preise für sämtliche Papiere, Lumpen, Flaschen, Alteisen, Metalle, Gummi

zahlt?

DACHAUERSTRASSE 21/o

2. Hof Apollo-Theater Telephon-Ruf 55236

Obergiesinger

Rohprodukten-haus

zahlt nur die allerhöchsten Tagespreise für

Händler u. Privat

Andr. Wiedenbauer

Martinstr. 2/0 Ecke Tegernseerlandstr. 55

Braunkohlen-Würfel und Torf

Ia trockene Ware liefert fuhrenweise von 50 Ztr. an rein Keller zu den billigsten Tagespreisen

STEINER & GAH

Ungererstr. 137 Telefon 55964

In unseren großen

Spezial - Abteilungen

unterhalten wir stets eine reiche Auswahl preiswerter Gebrauchs- u. Luxusartikel zu vorteilhaftem Einkauf

Hermann Tietz

München

HÜTE * KLEIDER

MODELLHAUS

FICHTL & SEIDA

MÜNCHEN, Theatinerstraße 48

Fernsprecher 22905

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Rudolf Liebstädter, Nürnberg, Fürtherstraße 87, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.